



Frage 1

Die politischen Entscheidungsträger in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen sollten sich umgehend für die Installierung eines wirkungsvollen und damit präventiv und frühzeitig anzuwendenden **Sicherheitsnetzes** für die EU-Agrarmärkte und insbesondere den Milchmarkt einsetzen. Dazu bedarf es Marktkriseninstrumenten, mit denen während Marktkrisenphasen die EU-Milchlieferung zeitlich befristet eingeschränkt und damit an die Nachfrage angepasst werden kann.

Wie steht ihre Partei dazu?

Antwort:

Aus Sicht der NRWSPD werden Preisschwankungen im Milchmarkt, auf die sich Landwirte und Milcherzeuger als Unternehmer immer wieder einstellen müssen, nicht auszuschließen sein. Allerdings ist die letzte Milchkrise eine Krise mit Ansage gewesen und zeigt, dass die Vorstellung, es gebe einen freien, sich selbst regelnden Milchmarkt, eine Illusion gewesen ist. Wir müssen deshalb die Rahmenbedingungen für den Milchmarkt erheblich verbessern. Beispielsweise können durch eine kontinuierliche und zeitnahe Marktbeobachtung alle Akteure schneller abgestimmt handeln. Wir benötigen ein europäisches Krisenprogramm, das in Zeiten von ernsthaften Marktungleichgewichten zwingend eingreift und verhindert, dass weitere Überschüsse produziert werden. Entsprechende Vorschläge mit den Stichpunkten: Beobachtung, Frühwarnsysteme, Preiskorridore, Mengenreduzierung hat die SPD auf europäischer Ebene eingebracht und werden aktuell diskutiert.

Das vom BDM vorgeschlagene Marktverantwortungsprogramm bildet eine sehr gute Diskussionsgrundlage, um die Funktionalität des europäischen Milchmarktes zu gewährleisten. Die NRWSPD setzt sich auf europäischer Ebene für ein entsprechendes Programm ein, das in der Ausgestaltung natürlich noch nicht abgeschlossen ist.

Die NRWSPD unterstützt weiterhin Maßnahmen, die darauf abzielen, den Absatz von Milchprodukten auf dem europäischen Binnenmarkt zu fördern und so die Einkommenssituation zu verbessern. Dazu gehören die Erhöhung der Wertschöpfung bei den Milcherzeugern durch die Verbesserung der regionalen Vermarktung und die Unterstützung regionaler Produkte, neue Gestaltung der Investitionsförderung, Förderung der Kooperationen zwischen den Milchproduzenten und Stärkung der Marktstellung der Produzenten.

Frage 2

Die **Marktposition der Milchviehhalter** gegenüber Handel und Molkereien ist zu stärken. Laut den Ergebnissen der Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamts besteht etwa ein deutliches Marktmachtgefälle zu Ungunsten der Milchviehhalter, insbesondere im genossenschaftlichen Bereich. Besonders die Andienungspflicht der Milchviehhalter gegenüber den Molkereien sowie lange Kündigungsfristen wurden vom Bundeskartellamt kritisiert.

Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie diesem untragbaren Zustand abgeholfen werden kann?

Antwort:

Um den Landwirten tatsächlich helfen zu können, fordert die NRWSPD seit Jahren eine Veränderung der Lieferbeziehungen. Wir sind schon lange der Auffassung, dass jedem Landwirt ein Vertrag mit Preis, Menge und Kündigungsfrist zusteht. Zu diesem Schluss kommt auch das Bundeskartellamt.

Gerade kurze Kündigungsfristen, eine Festlegung der Preise vor Lieferung und die Vereinbarung fester Liefermengen wären eine wichtige Grundlage für einen fairen Umgang der Molkereien mit den Milchviehhaltern. Ohne diese Änderungen bleibt der Landwirt das schwächste Glied in der Kette. Das unternehmerische Risiko der Molkereien wird derzeit auf ihn abgewälzt. Wir fordern die Molkereien schon jetzt dazu auf, diesen Zustand eigenständig abzustellen und krisenfeste Strukturen zu schaffen. Insgesamt halten wir die Empfehlungen des Bundeskartellamts für eine gute Grundlage. Nach Vorlage des Abschlussberichts im Herbst 2017 müssten dann entsprechende gesetzliche Maßnahmen verankert werden. Hierfür werden wir uns einsetzen.

Frage 3

Auch über die **Finanzperiode 2020** hinaus ist das Finanzvolumen für die Landwirtschaft, unter besonderer Berücksichtigung der immensen Leistung der Milchviehhaltung für die Vitalität der ländlichen Räume, in Gänze zu erhalten.

Unterstützt Ihre Partei dieses Ansinnen?

Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?

Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?

Antwort:

Die NRWSPD ist skeptisch, ob sich in der kommenden Finanzperiode das bestehende Finanzvolumen so aufrechterhalten lässt. Gerade auch weil sich das bisherige System der Direktzahlungen nicht bewährt hat, stehen die Agrarsubventionen unter hohem politischem Druck. Für die NRWSPD müssen die Zahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe deshalb dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ folgen. Die NRWSPD unterstützt deshalb auch eine weitere Umschichtung von Geldern der ersten Säule in die zweite Säule.

Nur durch diesen strikten Wechsel in der Agrarpolitik lassen sich Transferzahlungen in den Agrarsektor noch gesellschaftlich und politisch begründen. Die NRWSPD wird sich deshalb für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik stark machen: Denn nur so können wir die Landwirte unterstützen, die einen positiven Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft und des ländlichen Raums leisten. Dabei müssen die Mittel, die bislang in die Direktzahlungen fließen, gerechter verteilt werden. Die SPD steht generell für eine ausgewogene Förderung aller Betriebsformen und -größen. Auf Bundesebene unterstützen wir seit 2014 insbesondere kleinere Betriebe mit zusätzlichen Prämien für die ersten 46 Hektare. Dies entspricht knapp 7 Prozent des Direktzahlungsvolumens.

Frage 4

Zusätzliche Naturschutz-, Wasserschutz- und Tierschutzaufgaben sowie eine Zunahme von bürokratischen Anforderungen (Beispiel: Beratungspflicht im Rahmen der JGS-Anlagen-Verordnung) machen es den Landwirten zunehmend schwerer, kostendeckend zu wirtschaften. Die nordrhein-westfälische Landwirtschaftspolitik muss die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Bauern leichter auf eine ökologisch nachhaltigere Produktion umstellen können. Die Landwirtschaftskammer muss ihre Förderprogramme so gestalten, dass diese möglichst unbürokratisch in Anspruch genommen werden können.

Inwiefern plant ihre Partei, die Landwirte bei der Umstellung auf eine ökologisch nachhaltigere Produktion zu unterstützen?

Antwort:

Für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum stehen im Rahmen des Programms „Ländlicher Raum“ für die Finanzierungsperiode 2014 – 2020 insgesamt rund 1,2 Mrd. Euro aus Mitteln der EU, des Bundes, des Landes und der Kommunen zur Verfügung.

Die Fördermaßnahmen tragen dazu bei, Wissenstransfer und Innovationsfähigkeit in den ländlichen Räumen zu erhöhen. Sie helfen den landwirtschaftlichen Betrieben auch bei der Umstellung auf eine ökologisch nachhaltigere Produktion. Diesem Ziel wird die NRWSPD auch in der nächsten Wahlperiode folgen. Wir begrüßen daher auch die Initiative der Bundesregierung, die helfen will, dass mittelfristig 20 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland ökologisch bewirtschaftet werden.

Frage 5

Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim **Kennzeichnungsrecht**, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?

Antwort:

Eine transparente und nachvollziehbare Kennzeichnung von Lebensmitteln ist aus Sicht der NRWSPD immer mehr für die Verbraucherinnen und Verbraucher die Grundlage für eine bewusste Kaufentscheidung. Daher wollen wir, dass die Informationen auf der Lebensmittelverpackung den Inhalt umfassend abbilden. Dazu gehört auch eine Weiterentwicklung von Herkunftsbezeichnungen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher wissen, woher ihre Nahrungsmittel stammen.

Frage 6

Welche Position nimmt Ihre Partei zur **Novellierung der Düngeverordnung** ein?

Antwort:

Die NRWSPD hat die Novelle der Dünge-Verordnung und des Düngerechts maßgeblich vorangetrieben. Der zwischen Bund und Bundesländern und den beteiligten Parteien erarbeitete und verabschiedete Kompromiss, trägt eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift. Wir hoffen nun, dass zukünftig die Stoffströme besser nachvollzogen werden können. Damit wollen wir erreichen, dass gerade die mit Stickstoff hochbelasteten Regionen dauerhaft ihre Nährstoffüberschüsse vermindern.